Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 33 (2007)

Heft: 1

Artikel: Sozialräumliche Konstitutionsbedingungen der neokonservativen Denkweise der Schweizerischen Volkspartei : eine wissens- und gemeindesoziologische Untersuchung in einer suburbanisierten Agglomerationsgemeinde des Kantons Zürich

Autor: Zollinger, Lukas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814222

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialräumliche Konstitutionsbedingungen der neokonservativen Denkweise der Schweizerischen Volkspartei. Eine wissens- und gemeindesoziologische Untersuchung in einer suburbanisierten Agglomerationsgemeinde des Kantons Zürich[1]

Lukas Zollinger*

1 Einleitung

Mit der Wahl Christoph Blochers in den Bundesrat im Jahr 2003 fand eine politische Entwicklung ihren vorläufigen Abschluss, die das politische System der Schweiz grundlegend verändert hat. Durch die Wahl Blochers wurde nicht nur die Zusammensetzung der Parteien in der Landesregierung verändert, die seit dem Jahre 1959 mit der so genannten «Zauberformel» für konkordante Kontinuität stand; die Schweizerische Volkspartei (SVP) konnte auch in den urbanen Gebieten die grössten Zuwachsraten verzeichnen. So ergab die Untersuchung zu den Nationalratswahlen 2003, dass im Wahljahr bereits 67% der SVP-Wählenden in Städten leben (BfS, 2007). Trotz ihrer Erfolgsgeschichte bleibt jedoch die «liberalkonservativ» oder auch «neokonservativ» genannte Denkweise der SVP seltsam diffus. Es handelt sich dabei um eine Denkweise, die sich im Kanton Zürich in den späten 1970er- und den 1980er-Jahren unter der Führung Christoph Blochers konkretisiert und systematisiert hat.

Das Hauptinteresse dieses Beitrages gilt dieser politischen Denkweise, dem Sinngehalt der spezifischen Weltanschauung und deren Affinität zu «sozialmoralischen Milieus» (Lepsius, 1990b, 154). Dabei wurde ein Ansatz gewählt, der die subjektiven Deutungen der politischen Akteure in einer sinnlogischen Wechselwirkung mit sozialräumlich vorliegenden, strukturellen Handlungsproblemen einer politischen Gemeinde versteht. Untersuchungsgemeinde ist eine Gemeinde im Zürcher Limmattal, die einen Wählerstimmenzuwachs für die SVP von 128% im Zeitraum von 1990 bis 2003 aufweist. Die politischen Akteure dieser Gemeinde konnten folglich auch von einem «Blocher-Effekt» im Rahmen eines «charismatischen Herrschaftsverbands» (Weber) profitieren.

Der gewählte gemeindesoziologische Ansatz hat zum Ziel, «das Problem des Raumes, der Zeit und der Verflechtung von Tatbeständen, Verhalten und Meinun-

* Lukas Zollinger, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Stadtentwicklung, Junkerngasse 47, Postfach, 3000 Bern 8.

1 Die Grundlage für diesen Beitrag bildet die in den Jahren 2002 bis 2004 vorgenommene Untersuchung zur politischen Denkweise der Schweizerischen Volkspartei: Zollinger, 2004.

gen ineinander aus einer gegebenen Situation zu erforschen». Dabei soll «weniger Generalisierbarkeit als intimere Einsichten in die wirklichen Zusammenhänge durch Beschränkung auf einen überschaubaren Raum, auf eine überschaubare Gruppe erreicht werden».[2] Die aus diesem Ansatz und im Anschluss an das übergreifende Erkenntnisinteresse resultierenden Fragen lauteten: Wie prägt sich zum einen die politische Denkweise im lokalen Nahraum und in Auseinandersetzung mit strukturell vorliegenden Handlungsproblemen aus? Und was sind, zum anderen, die konstitutiven Merkmale dieser Denkweise bzw. was sind die auf die strukturellen Handlungsprobleme bezogenen Deutungskategorien?

Die wissenssoziologische Ausrichtung beabsichtigt, die praktische Bedeutung «generativer Muster politischer Orientierungen» in ihrer Einbettung im «historischen und sozialen Zusammenhang ihrer Sinnkonstitution» zu verstehen und dort zu analysieren, wo sie ein Element jener vergangenen oder gegenwärtigen Interaktionen bilden, in denen die Muster tatsächlich wirksam geworden sind.[3] Denn die Praxis und Erfahrung der politischen Akteure sind nach wie vor primär kommunal, hier werden Deutungssicherheiten und politische Handlungskompetenzen ausgebildet.[4] Dadurch kommt Gemeinden als «pragmatischem und normativem Ausgangspunkt von Neuordnung und Reorientierung» eine vorrangige Bedeutung zu, da lokalen Erhebungen ein gewisser Indikationswert für die politische Kultur in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche zugesprochen werden kann.[5] Dies vor allem auch deshalb, weil im stark dezentral organisierten politischen System der Schweiz auf der untersten föderalen Ebene ein grosser Handlungs- und Gestaltungsspielraum besteht.

Der Artikel will einen explorativen Beitrag zu einer «innovativen Milieuforschung» als Beitrag zur Profilierung einer kultur- und wissenssoziologischen Raumforschung[6] liefern. Er ist folgendermassen aufgebaut: Im nächsten Kapitel wird der methodologische Standpunkt und die gewählte Herangehensweise dargelegt und ein Bezug hergestellt zwischen dem Fallsample und den darin vertretenen sozialmoralischen Milieus. Anschliessend werden in Kapitel 3 die strukturellen Handlungsprobleme der Untersuchungsgemeinde zusammengefasst und in ihrer Entstehung veranschaulicht. Im Kapitel 4 werden die auf diese strukturellen Handlungsprobleme bezogenen, kollektiv geteilten Deutungskategorien näher erörtert und abschliessend im Kapitel 5 zusammengefasst.

2 Institut für Sozialforschung, 1991, 135; als Untersuchung exemplarisch: Neckel, 1999.
3 Alle Zitate Neckel, 1995, 662 ff.
4 Holtmann, 1989, 28.
5 Neckel, 1995, 661.
6 Siehe dazu Matthiesen, 1998, 2002, 2004.

2 Untersuchungsdesign

Um die politische Denkweise in ihrer sozialräumlichen Bezogenheit verstehen zu können, müssen in einem ersten Schritt die lokal vorliegenden, strukturellen Handlungsprobleme der Gemeinde dargelegt werden. Dazu wurde eine Rekonstruktion der Siedlungsgenese über ein Luftbild und sozialhistorische Beiträge wie Chroniken und Monographien vorgenommen. Zudem wurde die aktuelle soziodemografische, ökonomische und siedlungsstrukturelle Situation analysiert.

Nach einem Einstieg zur Rekonstruktion der subjektiven Deutungen über die Parteihomepage, die eine auf eine politische Öffentlichkeit hin angelegte Selbstdarstellung ist und auf der die kollektive Sinnstruktur in gestalteter und verdichteter Form zutage tritt, wurde in einem zweiten Schritt eine Differenzierung der Sinnzusammenhänge auf der Ebene von Interviewanalysen vorgenommen. Dabei stand das Allgemeine – die kollektive Sinnstrukturiertheit der Denkweise – gegenüber dem Fallspezifischen im Vordergrund.

Die Analyse der offen geführten Interviews wurde mit Hilfe der sequenzanalytischen Methode der objektiven Hermeneutik[7] vorgenommen, bei der Darstellung der gewonnenen Resultate halfen die Überlegungen zum «theoretical sampling» der Grounded Theory[8]. Verkürzt gesagt wurden zentrale Deutungskategorien aus den Interviewprotokollen rekonstruiert, je fallspezifisch miteinander kontrastiert, um schliesslich zu einer allgemeinen Darstellung der Denkweise der Untersuchungspartei zu gelangen.

Aufgrund der Entstehungsgeschichte des «charismatischen Herrschaftsverbands» (Weber) mit seiner Führerfigur Christoph Blocher im Kanton Zürich bietet sich als Untersuchungsgemeinde eine Gemeinde im Kanton Zürich mit hohen Zuwachsraten in den Kommunalwahlen in den 1990er-Jahren an. Es kann angenommen werden, dass die Zuwachsraten auch auf die Wirkung eines nachhaltigen «Blocher-Effekts» zurückgeführt werden können. Die Auswertung der Ergebnisse der Kommunalwahlen zeigt, dass die Kernstädte Zürich und Winterthur sowie die Agglomerationsgemeinden Dietikon und Dübendorf die höchsten Zuwachsraten des Kantons Zürich aufweisen (mehr als 100% seit 1990; siehe Anhang 1). Die Gemeinde Dietikon wurde ausgewählt weil sie mit ihrer geringen Grösse von rund 23'000 Einwohnern relativ überschaubar ist und weil bei kleineren Untersuchungseinheiten die begründete Hoffnung besteht, dass sich strukturelle Handlungsprobleme und deren Genese deutlicher ablesen lassen.[9]

Das Fallsample für die Interviews wurde nach dem Grundsatz der möglichst grossen Kontrastivität vorgenommen, d. h., die Fälle sollen bezüglich Alter, Beruf und Geschlecht möglichst unterschiedlich sein (siehe Anhang 2). Das Fallsample

7 Siehe dazu statt vieler Oevermann, 2000. Zur Einführung Wernet, 2002.

8 Strauss, 1994, Hildenbrand, 1999, 65 ff.; zur Vereinbarkeit von Objektiver Hermeneutik und Grounded Theory siehe Matthiesen, 1994, und Hildenbrand, 2004.

9 Zu diesen Überlegungen siehe Wienke, 2000, 10.

umfasst drei Generationen. Dazu zählt eine Politikerin, die während des Zweiten Weltkriegs, anfangs der 1940er-Jahre, geboren ist, zwei um 1960 geborene Parteivertreter und ein Vertreter der um 1970 Geborenen.

Neben der analytischen Unterscheidung je nach Generationszugehörigkeit kann eine Unterscheidung in je akteurspezifische berufliche Handlungsfelder mit ihren unterschiedlichen Organisationsstrukturen und je nach Zugehörigkeit zu sozialmoralischen Milieus vorgenommen werden. Zum einen weist das Sample zwei Vertreter des kleinen und mittleren Gewerbes auf (Inhaber eines Malerei- und eines Baugeschäfts), also des Milieus des «alten» Mittelstandes des Handels und des Gewerbes. Die Betriebe sind familienökonomisch sowie patrilinear (in Bezug auf Erbfolge und sozialen Status) organisiert und seit Generationen mit dem Ort unmittelbar ökonomisch verknüpft. Aufgrund ihrer starken Gemeindebindung sind sie zur lokalen Sesshaftigkeit gezwungen. Die Möglichkeit des Wegzugs ist ihnen weitgehend verwehrt.

Zum anderen weist das Sample drei Vertreter des «neuen» Mittelstandes auf. Unter diesem Mittelstand wird dasjenige Sozialmilieu verstanden, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Folge des Wirtschaftsaufschwungs und der Herausbildung einer (Massen-)Konsumgesellschaft sozial aufgestiegen ist. War die Elterngeneration oftmals noch ohne formalen Bildungsabschluss einer weiterführenden Schule, ermöglicht die Bildungsexpansion der Nachkriegszeit der Nachfolgegeneration einen qualifizierenden Berufsbildungsabschluss (meist über eine kaufmännische Lehre). Strukturell und in seiner eigenen Wahrnehmung läuft der neue Mittelstand der Angestellten Gefahr, bei Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage sozial bis zur Marginalisierung abzusteigen. Gleichzeitig orientiert sich dieses Milieu an den Wertvorstellungen des Bildungs- und Besitzbürgertums. Die politischen Vertreter dieser Schicht sind ebenfalls zur lokalen Sesshaftigkeit gezwungen, da ein Ortswechsel mit der Gefahr eines Statusverlusts einhergeht, vor allem in Zusammenhang mit dem symbolischen Kapital der Reputation und der bürgerlich-öffentlichen Glaubwürdigkeit, welche sie sich im Laufe der Zeit akkumuliert haben. Die Verfügungsmacht über symbolisches Kapital ist für den Parteieintritt und die politische Praxis von zentraler Bedeutung.

3 Strukturelle Handlungsprobleme der Untersuchungsgemeinde

3.1 Die Untersuchungsgemeinde als suburbanisierte Agglomerationsgemeinde

Eine detaillierte Analyse der Siedlungsstruktur ergibt, dass sich die Untersuchungsgemeinde im stadtzürcherischen Agglomerationsgürtel befindet. Diese räumliche Lage hat Implikationen für die Siedlungsstruktur und soll im Folgenden im Kontext

der «Suburbanisierung» der Schweiz mit ihren Zersiedelungstendenzen auf der Grundlage zunehmender Mobilität diskutiert werden.[10]

Die Bevölkerungszahl der Stadt Zürich nimmt im Verlauf des 20. Jahrhunderts laufend zu, so dass sich die Stadt allmählich in die im Stadtumland gelegenen Vorortsgemeinden ausdehnt. Mitte der 1960er-Jahre stagniert jedoch ihre Einwohnerzahl und geht anschliessend mit Schwankungen zurück. Als Folge des allgemeinen Wirtschaftswachstums der langen 50er-Jahre und der Entstehung einer Massenkonsumgesellschaft beginnt der Auszug in die neu entstehende Agglomeration. Für breite Schichten, vor allem für die ins Kleinbürgertum aufsteigende Arbeiterschaft, wird es möglich, ein Eigenheim zu erstehen – mit Vorliebe im Grün der städtischen Vororte.[11] Diese Siedlungsentwicklung dauert bis heute an. Die Vorteile der Agglomerationsräume gegenüber der Kernstadt liegen darin, dass die Wohnungsmietpreise tiefer sind, niedrigere Bodenpreise für den Häuserbau vorherrschen und in den Metropolitanräumen immer bessere Verkehrsverbindungen zur Verfügung stehen (Bahnanschluss, S- und Autobahn). Je nach sozialstruktureller Zusammensetzung weisen die Gemeinden zudem einen niedrigeren Steuerfuss auf. Der Bau von Einfamilienhäusern in diesen Gebieten hat allein in den 1990er-Jahren im Kanton Zürich um 73% zugenommen, der Bau von Mehrfamilienhäusern mit grossen Wohnungen um 40%.[12] Von den insgesamt etwa 2'850 Gemeinden der Schweiz gehören knapp 25% zu einer der 50 Agglomerationen. Dabei beträgt der Anteil der in der Agglomeration und in isolierten Städten lebenden Bevölkerung 75% oder fast 5,5 von 7,2 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Der Bevölkerungsanteil, der in Agglomerationen lebt, hat sich von 1930 bis heute beinahe vervierfacht.[13]

Die Untersuchungsgemeinde durchläuft diese Überformung des ehemals ländlichen Dorfes zur Agglomerationsgemeinde der Stadt Zürich ebenfalls, wie die Abbildung im Anhang 3 verdeutlicht. Von den 1950er- bis Anfang der 1970er-Jahre steigt die Bevölkerungszahl sprunghaft an, um sich in Folge auf einem relativ stabilen Niveau zu halten. Die fallspezifische Eigenart besteht nun darin, dass sich die Gemeinde bereits in den 50er-Jahren mit einer Standortförderung und mit Raumplanungskonzepten aktiv auf diese Entwicklung ausrichtete. Die Bauplanungsvorstellungen sind zu jener Zeit allgemein von rationalistisch planerischem Eifer geprägt[14] und der Glaube an Fachplanung und an Prognosen über Bevölkerungsentwicklungen ist ungebrochen. Der zukunftsoptimistische Einsatz staatlicher Autorität bei der Verwirklichung von Siedlungsinfrastrukturen ist damals nicht nur für die Schweiz charakteristisch, sondern entspricht auch durchaus der Regel in den kriegsgeschädigten Ländern Europas, in denen der Wiederaufbau massgeblich vom Staat gefördert und gelenkt wird. Auch wenn die Entwicklung der Schweiz zu die-

10 Siehe dazu als Übersicht Kübler, 2006.
11 Tanner, 1994a, 361, und ders., 1994b.
12 Statistisches Jahrbuch des Kantons Zürich 2002, 144 ff.
13 Frey, 2004, 4.
14 Sie dazu die Planungsskizze zu den Zürcher Satellitenstädten im Anhang 4.

sem Zeitpunkt unter gänzlich anderen Vorzeichen steht, wird die Planungstätigkeit hierzulande doch stark von diesen paradigmatischen Vorstellungen beeinflusst. So lässt sich im Jahre 1959 das damals noch ländlich geprägte Dorf Dietikon auf der Grundlage von Bevölkerungsprognosen einen Entwicklungsplan erstellen, der eine grosszügige «Eingangsachse Bahnhof-Zentrum» und Wohnsiedlungen mit hoher Dichte vorsieht.[15] Diese Eingangsachse soll das «Kernstück der Dorferneuerung» bilden. Die gesamten Planungsbemühungen haben auch das Ziel, die politische und ökonomische Autonomie im Einzugsgebiet der werdenden Zürcher Grossstadt zu erhalten. Um dieses Ziel erreichen zu können, gilt es, so die damaligen Überlegungen, über ein «leistungsfähiges und attraktives Geschäftszentrum» zu verfügen, das «als Mittel zur Sicherung einer vielfältigen, relativ selbstbestimmten Siedlungsentwicklung» dienen soll. Die damalige städteplanerische Auffassung des «zentralörtlichen Systems», welche die an Effizienzkriterien gebundene Schaffung von abgesonderten Nutzungseinheiten vorsieht, verunmöglicht indes bis heute das «Zustandekommen von urbanen Qualitäten, wie sie Geschäftsstrassen und Fussgängerzonen verkörpern» und schadet der Attraktivität des Siedlungszentrums als einem eigentlich dichten Stadtzentrum.[16] Entstanden ist eine Siedlung mit einem an Effizienzkriterien und am motorisierten Individualverkehr orientierten Zentrum, das öffentliches Leben weitgehend verunmöglicht.

Bei der Untersuchungsgemeinde handelt es sich um eine typische Siedlung im inneren Agglomerationsgürtel eines Metropolitanraumes. Durch den Zuzug von Wohnbevölkerung verstädtert die Agglomerationsgemeinde allmählich. Dadurch wird der verstädterte innere Gürtel zu einem wenig attraktiven Wohnraum, so dass die mobilen Bevölkerungsgruppen in die neu entstehenden äusseren Agglomerationsgürtel ziehen. Die Folge ist eine zunehmende Zersiedelung sowie soziale und funktionale Entmischungsprozesse.

3.2 Soziale und funktionale Entmischung sowie eine prekäre soziodemografische Struktur

Als direkte Folge der Altlasten der oben skizzierten Bauplanung der 1950er- und 1960er-Jahre und aufgrund veränderter Wohnbedürfnisse (v. a. Bedürfnis nach grösserer Wohnfläche[17]) bietet Dietikon aus heutiger Sicht wenig attraktiven Wohnraum. Der standardisierte Wohnraum aus jener Zeit mit durchschnittlich 98 m² in Drei- bzw. maximal Vierzimmerwohnungen wird heute vor allem von sozial benachteiligten, ökonomisch prekarisierten und zugewanderten Bevölkerungsgruppen nachgefragt. So weist die Untersuchungsgemeinde im Jahr 2003 mit 39,6% an der gesamten Wohnbevölkerung einen überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil auf,

15 Siehe Anhänge 5 und 6.
16 Alle Zitate Rauch et al., 1994, 29 ff.
17 Seit 1980 hat der individuelle Bedarf an Wohnraum um durchschnittlich 35% zugenommen von 34 auf 46 m² pro Person (Statistisches Amt des Kantons Zürich, 2004, 7).

der vor allem in den 1990er-Jahren sprunghaft angestiegen ist.[18] Der Grossteil der ausländischen Wohnbevölkerung setzt sich mit rund einem Drittel aus italienischen Einwohnerinnen und Einwohnern zusammen, die mehrheitlich bereits in der Schweiz geboren wurden. Die zweitgrösste Gruppe ist aus dem ehemaligen Jugoslawien zugewandert und macht heute gut 20% der ausländischen Wohnbevölkerung in Dietikon aus. Die ausländischen Bevölkerungsgruppen verfügen mehrheitlich über tiefe Einkommen. Diese demografische Struktur mit einem hohen Anteil ausländischer Bevölkerungsgruppen mit tiefem Einkommen führt zu einer permanenten kommunalen Fiskalschwäche. Da die Gemeinde zudem als «Arbeitsplatzgemeinde»[19] gilt, entgeht ihr das Steuersubstrat der natürlichen Personen, die ihr Einkommen und Vermögen an ihrem Wohnort versteuern. Bei einem defizitären Finanzhaushalt der öffentlichen Hand muss mit Gegenmassnahmen in Form von Steuererhöhungen und Ausgabensenkungen reagiert werden. Diese Massnahmen schwächen die Gemeinde im Standortwettbewerb um mobile Bevölkerungsgruppen mit hohen Einkommen zusätzlich, ja sie führen zu deren Abwanderung, was den Suburbanisierungsprozess in der Agglomeration weiter vorantreibt.

Das Phänomen der Hierarchisierung und Polarisierung des Raumes nach den sozialen Positionen der Bewohner ist in der Raumsoziologie bekannt unter dem Namen der sozialen Entmischung. Aufgrund der räumlich definierten politisch-administrativen Hoheiten, insbesondere im Steuerbereich, führt dieser Entmischungsprozess oftmals zu räumlichen Ungleichheiten bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern, bei der Besteuerung und in Bereichen der Lebensqualität.[20] Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die Untersuchungsgemeinde aufgrund ihrer Stellung als verstädterte Kerngemeinde und Stadt ohne Kern sowie aufgrund ihrer sozialpolitisch anspruchsvollen soziodemografischen Zusammensetzung in einem «Teufelskreis der Suburbanisierung»[21] gefangen sieht. Die Gemeinde ist zudem aufgrund der sprunghaften Zunahme des Ausländeranteils in den 1990er-Jahren mit einer spezifischen Modernisierungskrise konfrontiert, für welche die SVP für einen grossen Teil der wahlberechtigten und wählenden Wohnbevölkerung die scheinbar passenden Deutungsvorgaben und politischen Lösungsvorschläge anbietet. Wie die politischen Akteure diese Handlungsprobleme konkret deuten und in welchem weiteren Sinnzusammenhang sie diese verorten, soll im nächsten Kapitel behandelt werden.

---

18 Geschäftsbericht 2001, 92. Siehe Anhang 7. Die Veränderung des Ausländeranteils auf der gesamtkantonalen Ebene widerspiegelt eine ähnliche Entwicklung auf bedeutend tieferem Niveau. Der Durchschnitt im gesamten Kanton Zürich beträgt im gleichen Jahr 21.9%.

19 Nach der Typologie der schweizerischen Bundesämter für Statistik und Raumplanung (ARE); siehe Anhang 8.

20 Janos et al., 1997, 35 ff.

21 Frey, 1997.

4 Subjektive Deutungen

4.1 Der Fremde

Aufgrund der Bevölkerungsprognose der 1950er-Jahre und der dadurch ausgelösten Planungs- und Bautätigkeit entstand in der Untersuchungsgemeinde, wie gezeigt, eine relativ unattraktive Siedlungsstruktur. Die kleinflächigen Wohnungen aus jener Zeit werden vorwiegend von ökonomisch schwachen, meist zugewanderten Bevölkerungsgruppen nachgefragt. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung ist mit rund 40% einer der höchsten im gesamten Kanton Zürich.

Die untersuchte politische Denkweise geht nun von gegenseitig relativ geschlossenen «Kulturkreisen» aus, die sich auf der Grundlage der Religionszugehörigkeit konstituieren.[22] Die Fremden der ersten Zuwanderungsgeneration nach dem Zweiten Weltkrieg gehören in dieser Logik aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur christlichen Glaubensgemeinschaft dem gleichen Kulturkreis an wie die Schweizer Bevölkerung. Die Vergemeinschaftung und Integration jedoch gelang damals, nach Ansicht der Parteivertreter, nicht allein wegen dieser gemeinsamen Zugehörigkeit zum christlichen Wert- und Glaubenssystem, sondern auch aufgrund der institutionellen und organisatorischen Einbindung der Zugewanderten in die christlich-katholische Kirche. Gemäss dieser Vorstellung übernimmt die Kirche eine sozialintegrative, einem Verein ähnliche Funktion. Der gemeinsame Kirchgang stellt dabei eine spezifische Form der Geselligkeit dar, die eine der «Kultur des Mittelstandes» affine «qualifizierte Öffentlichkeit» konstituiert, die sich dadurch auszeichnet, dass man Zeit und Ort auf ritueller Basis «miteinander teilen und somit durch den unmittelbaren Kontakt Verbindlichkeit» und «Anerkennung» herstellen kann.[23] Die Folge ist, dass die italienische Wohnbevölkerung heute integriert sei, auch wenn sie «nie gescheit deutsch gelernt hat».[24] Bei den nichtchristlichen Religionsgemeinschaften kann dagegen dieser «unmittelbare Kontakt» und diese «Verbindlichkeit» nicht mehr hergestellt werden: Die zugewanderten Religionsgemeinschaften bleiben neu unter sich und halten sich an der (Siedlungs-)Peripherie auf, wo sie die Räume zur gemeinsamen Glaubensausübung im Industriequartier zugewiesen erhalten und bezogen haben. Dort besteht, aus der Perspektive der im Zentrum Lebenden, eine geringe Sozialkontrolle. Die Folge ist, dass die im Zentrum lebenden Parteivertreter die Angehörigen dieser weitgehend anonymen Religionsgemeinschaft auf eine eher latente und diffuse Art als bedrohlich wahrnehmen. Auch handelt es sich bei der

22 Als Beispiel dazu folgendes Zitat: «Und da kommt natürlich schon auch dazu, wir haben heute halt ein Haufen Ausländer, die aus ganz anderen Kulturkreisen kommen. Ich denke, die Italiener sind eben von ihrer Kultur her [ähnlich], wo die Religion auch ein grosses Thema spielt. Sind sie mit uns natürlich relativ nahe verwandt» (Zollinger, 2004, 177). Dass diese Ordnungsvorstellung von religiös konstituierten und relativ geschlossenen Kulturkreisen nach wie vor nationalstaatlich unterlegt ist, zeigen in einer Fallanalyse Stettler und Volz, 2002.

23 Honegger et al., 2002, 241.

24 Zollinger, 2004, 178.

von der Gemeinschaft gesprochenen Sprache nicht um eine Landessprache, wie es bei den italienischen Zugewanderten der Fall gewesen war. Es ist für die Parteivertreter nicht einmal mehr möglich, deren Sprache zu benennen. Die Befremdung ist ebenso gross wie das Gefühl einer Machtlosigkeit gegenüber den anonym sich vollziehenden Zuwanderungsprozessen. Da sich das Fremde mitten in der städtischen Gemeinschaft befindet, droht diese sich selbst auch fremd zu werden, da sie die sich vollziehenden Prozesse kaum mehr sinnvoll zu deuten und die neuen Fremden nicht in ihrer Partikularität wahrzunehmen weiss.

Ein weiterer Grund für die ausbleibende Integration der neuen Fremden besteht, nach Ansicht eines Parteivertreters, in der allgemein zunehmenden Anonymität in der Agglomerationsgemeinde.[25] Im Gegensatz zu einer Dorfgemeinschaft besteht in einer suburbanisierten Gemeinde wie Dietikon für jeden die Möglichkeit, seine politische Orientierung und seine Lebensführung weitgehend frei zu wählen mit einem relativ geringen Grad an Sozialkontrolle. Mit anderen Worten ermöglicht das städtische Leben relative persönliche Autonomie, ein Sachverhalt, der Anfang des 20. Jahrhunderts literarisch viel beschworen und soziologisch durch Simmel analytisch gefasst wurde. Mit der Möglichkeit, sich selbst «seiner Natur nach» zu entwerfen, was als liberales Postulat zentral ist, würden aber zugleich – so Simmel (1903) – in den grösseren sozialen Kreisen der Grossstadt Oberflächlichkeit, Gleichgültigkeit und Anonymität befördert. Erst in der «Grossstadt» bestehe die Möglichkeit «unterzutauchen», da dort das Ausmass der Überwachung «über die Leistungen, die Lebensführung, die Gesinnungen des Individuums» geringer sei als in den engmaschigen sozialen Kreisen der Kleinstadt.[26] Für Simmel kann das antike Polis-Verständnis mit seiner Konzeption der politischen Öffentlichkeit nur in einer Kleinstadt mit kleinen sozialen Kreisen und der relativen Beschränktheit der «grenzenlösenden Beziehungen» entstehen. Vor allem in agrarromantisch geprägten Texten diente die unberührte Natur der Landschaft als Kontrastfolie zu den «kapitalistischen, sittenlosen und von fremden Völkern bewohnten Städten». Diese konservative und quer zur Klassenthematik des industriellen Zeitalters liegende romantische Weltdeutung forderte das Fortbestehen der überkommenen Gesellschaftsordnung.[27] Mit der Kirche, so die Deutung der Kommunalpolitiker, war noch eine Institution im Zentrum, die auch als öffentlicher Ort des Gemeinwesens und als Instanz der Kontrolle über moralische und sittliche Grundwerte oder über die «Moralnormen» (Lepsius) eine wichtige integrative Funktion übernommen hatte. Mit der schwindenden Bedeutung der Kirche als sozialintegrative Institution

25 Als Beispiel hierzu: «Wenn ihr eine Kleingemeinde nehmt, da kennt jeder den anderen. Wir haben jetzt eine grosse Gemeinde in Dietikon und das Ganze läuft in der Anonymität ab. Also, ob ich mich jetzt politisch betätige in Dietikon, ob ich zu einem linksextremen Zweig gehöre, zu denen Chaoten, die vielleicht ans WEF gehen oder ob ich ein Rechtsextremer bin, das interessiert in Dietikon niemanden. Ich kann wie in einer Grossstadt untertauchen und fertig» (Zollinger, 2004, 179)

26 Simmel, 1903.

27 Bösch, 2002, 62.

einer Dorfgemeinschaft hat auch das gebaute Zentrum seine vergemeinschaftende Funktion eingebüsst.

Die neuen, nichtchristlichen Fremden weisen, so die Wahrnehmung der Parteipolitiker, einen hohen Organisationsgrad und eine kollektivistische Orientierung auf, was die latente Bedrohung aufgrund fehlender sozialer Kontrolle und fehlender gegenseitiger Anerkennung noch verstärkt. Die Organisation bleibe nicht auf Dietikon, das Limmattal oder die Schweiz beschränkt, sondern sei international ausgerichtet.[28] Es scheint nach dem goldenen Internationalismus des Unternehmertums und dem roten Internationalismus der Fabrikarbeiterschaft ein neuer Internationalismus aufzukommen, der das mittelständische Selbstverständnis mit seinem Konnex zur Nation bedroht: der kollektive Internationalismus der nichtchristlichen, «orientalischen» Fremden, sprich des Islamismus. Dass diese Bedrohung für die Interviewees durchaus existenziell ist, beweist der Verweis auf ihre erhöhte Wachsamkeit nach dem 11. September 2001, dem Datum des Anschlages auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington[29]:

> **I:** *Es ist heikel, einen Vorstoss zu machen.*
>
> **L.Z.:** *Ja. Also politisch heikel?*
>
> **I:** *Nein, nicht einmal politisch. Sondern sehr persönlich heikel. Jeder hat gesagt, ich will mich da nicht exponieren. Ich will nicht zu einer Zielscheibe werden. Das ist so ein wenig im Hinterkopf gewesen, wissen Sie.*

Die Furcht bezieht sich nicht auf die politischen Folgen eines Vorstosses, sondern auf die möglichen «persönlichen» Folgen, da man zur «Zielscheibe» nicht im metaphorischen, sondern im wörtlichen Sinn werden könnte. Durch den in jüngster Zeit herausgebildeten internationalen Terrorismus, der sich selbst in die Logik vom «Kampf der Kulturen» (Huntington) einordnet, ist das Leib und Leben derjenigen in Gefahr, die sich in der politischen Öffentlichkeit engagieren.

Mit dem hohen Anteil ausländischer Wohnbevölkerung verbunden ist die Sorge um die Qualität der Bildungsinstitutionen. Die Gefahr für die Entwicklung der Gemeinde besteht darin, dass die nicht zur Sesshaftigkeit gezwungenen, mobilen Bevölkerungsgruppen mit Kindern zunehmend Dietikon verlassen, da sie die Bildungsinstitutionen als mangelhaft bewerten. Dadurch entsteht ein Teufelskreis: Aufgrund der angenommenen tiefen Qualität der Volksschulen meiden bildungsnahe, einkommensstarke und mobile Familien die Untersuchungsgemeinde, mit

28 «Da kommen Leute, auch aus dem Ausland, mit Bussen herangefahren» (Zollinger, 2004, 178).

29 «Ja. Auf solche Sachen ist man natürlich dann nach dem 11. September noch einfach noch viel aufmerksamer geworden oder. Wobei man eigentlich schon Genaueres wissen wollte. Wir haben es aber dann eigentlich nicht verfolgt, also politisch. Und es hat dann verschiedene Überlegungen gegeben. Wir haben dann gesagt: Ja, wir tun die Sache einfach einmal ein wenig beobachten. Ja das ist heikel» (Zollinger, 2004, 180).

der Folge, dass sich aufgrund anhaltender geringer Steuererträge die Situation weder durch staatliche Kompensationsleistungen noch durch eine sich ändernde, sozialstrukturelle Zusammensetzung der Schülerschaft verbessern lässt. Wegen des Wegzugs der Schweizer in weniger prekäre Gemeinden ergibt sich, nach Ansicht der befragten Parteivertreter, ein weiterer Verlust der schweizerischen Wohnbevölkerung sowie ein Verlust partikularen, ortsbezogenen Wissens und schliesslich – einer Entwicklungsgesetzmässigkeit gleich – das allmähliche Verschwinden der Schweiz und der Schweizer.[30]

Indem die SVP-Politiker die auf dem «Jus Sanguinis» beruhende Konzeption der Staatsbürgerschaft mit der (Heimat-)Gemeinde verknüpfen, tritt ab einer gewissen Zahl von Fremden eine «Überfremdung» ein, so dass der Schweizer in seinem essentialistischen Kernverständnis auszusterben droht. Mit dem Verlust partikularen, ortsbezogenen Wissens verbunden ist auch der Verlust eines «citoyen», der sich als Schweizer Bürger – zumindest potenziell – politisch engagieren und in die «polis» (im Zentrum) einbringen kann. Hier tritt sehr klar eine sozialräumliche Vorstellung der politischen Öffentlichkeit zutage sowie deren Verlust und Entleerung durch das Verschwinden der Schweizer.

4.2 Das fehlende Zentrum

Wie bei der Rekonstruktion der strukturellen Handlungsprobleme dargelegt wurde, haben die Planungsvorstellungen der 1960er-Jahre dazu geführt, dass das historische Dorfzentrum zugunsten einer «Eingangsachse» abgerissen wurde, ohne dass an seiner Stelle ein siedlungsstrukturierender und identitätsstiftender Ersatz geschaffen wurde. Nach Ansicht der Politiker konnte darüber hinaus wegen der Zuwanderung und den sich verändernden Wirtschafsstrukturen ein solcher Ersatz nicht entstehen. Denn indem die Schweizer die Stadt verliessen, die Gemeinde langsam «überfremde» und so die Schweizer allmählich zu einer Minderheit würden, verschwänden auch die traditionellen «mittelständischen» Gewerbebetriebe. Die Ursache dafür sei die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung und die damit verbundene Veränderung der Konsumgewohnheiten:

> *Wissen Sie, wenn Sie einen Ausländeranteil haben von vierzig Prozent, dann müssen Sie mal wissen, dass natürlich folglich vierzig Prozent von den Leuten [...] andere Sachen wollen kaufen wie wir zwei – das sind dann schon viele. Die wollen in ihrem eigenen Laden ihr eigenes Gemüse kaufen und diese Läden, die gibt es ja jetzt schon. Und die kaufen auch nie Kleider in unserem Laden. Die wollen diese Kleider offenbar in ihren Läden kaufen. Und die haben auch nicht unbedingt Bedarf nach einem, sagen wir jetzt einmal, schönen Anzug. So ein Geschäft hat es auch einmal gegeben. Der*

30 Dazu siehe auch Vuichard, 1998, 57.

> *hat ganz Dietikon ausgerüstet, der hat gute Herrenkonfektion gehabt. Und auf einmal hat das nicht mehr rentiert.*[31]

Allmählich dringen ausländische Gewerbetreibende in die «Mitte», ins «Zentrum» der Stadt ein. Diese Ausländer sind nicht nur ausserhalb der Religionsgemeinschaft, sondern darüber hinaus auch ausserhalb des traditionellen berufsständisch-korporatistisch organisierten «Mittelstandes». Dieser mittelständisch-korporatistischen Organisationsform liegt die Vorstellung eines korporatistischen Selbstregulierungsmodells zugrunde, «das im konservativen und vorbürgerlichen Sinn die Delegierung von Kompetenzen der öffentlichen Hand an gesellschaftliche Teilorganisationen»[32] vorsieht. Dabei handelt es sich um bedeutende und mit der Idee des schweizerischen Nationalstaats eng verbundene Teilorganisationen, insbesondere zählen dazu das kleine und mittlere Gewerbe und die Bauern. In den Interviews kommt mit der Diagnose einer zunehmenden Verrechtlichung ehemalig korporatistisch organisierter Bereiche eine allgemeine Skepsis gegenüber der Souveränität des Rechts zum Vorschein, ganz besonders in der berufsständisch relevanten Wirtschaftspolitik. Mit der Forderung nach einer möglichst geringen gesetzlichen Reglementierung durch den Staat stimmt diese «korporatistische» Denkweise mit wirtschaftsliberalen Theorien überein. Sie widerspricht indes letzteren genau in der Vorstellung der Reglementierung auf einer tieferen Ebene, nämlich auf einer letztlich zu Kartellen führenden berufsständischen und partikularen Ebene.

Die zugezogenen, ausländischen Gewerbetreibenden bilden neu eine eigene, globalisierte Sphäre der Produktion und Konsumption, die den Mittelstand bedroht. Sie sind die Verkörperung des Globalisierungsprozesses vor Ort. Gefährdet ist damit nicht nur die ökonomische Grundlage der Gewerbetreibenden, sondern zugleich auch die sich am Idealbild der dörflichen oder kleinstädtischen Gemeinschaft orientierende Vorstellung einer intakten Öffentlichkeit: der «Polis». Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, haben sich «mit Hilfe der Stadt» «Detaillisten» wieder zu einer berufsständisch-korporatistischen Organisation «Zentrumsvereinigung» zusammengeschlossen:

> *Man muss das klar sehen, das geht zehn, fünfzehn Jahre oder noch länger. Und da müssen so viele Leute mitspielen, jetzt ist ja auch wieder eine Zentrumsvereinigung gegründet worden. Hoffentlich funktioniert das alles wunderbar. So lange wir gute Führung haben, denke ich, klappt das. Und das sind alles so kleine Mosaiksteinchen im Ganzen. Da gehören auch, ich habe mich zwar grausam gewehrt, gute Kulturprogramme hinzu. Veranstaltungen, das Vereinsleben ist sehr wichtig und Dietikon hat viele Vereine, die sehr aktiv sind – zum guten Glück.*[33]

31 Zollinger, 2004, 186.
32 Gautier, 2002, 13.
33 Zollinger, 2004, 187.

Nicht über die Selbstheilungskraft des Marktes, wie in den liberalen Theorien angenommen, sondern über «gute Führung» in einem korporatistischen Rahmen und in Verbindung mit mittelstandsspezifischen und «Fremden» eher verschlossenen Formen der lokal-spezifischen Geselligkeit (Vereinsleben) als Träger kollektiver Sinnstiftung lässt sich, nach Ansicht der Parteivertreter, das Zentrum wieder zu einem öffentlichen und belebten Raum gestalten.

4.3 Eigenverantwortung als moralische Kategorie des Mittelstandes

Die am schwierigsten allein auf ein strukturelles Handlungsproblem zu beziehende Deutungskategorie ist zugleich eine der zentralsten der Denkweise: die Eigenverantwortung und das eigenverantwortliche Handeln des Schweizer Mittelstandes. Dass diese Kategorie oftmals diffus jargonhaft und teilweise auch widersprüchlich verwendet wird, hat seinen spezifischen Grund in seiner Funktion zur Gefolgschaftsanbindung an die politische Führung im «charismatischen Herrschaftsverband» (Weber) und zur Einbindung höchst unterschiedlicher Milieus wie es die Herausforderung bereits der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) war, der Vorgängerpartei der SVP. Viel wichtiger als ein strukturelles Handlungsproblem ist hier die gedachte Zugehörigkeit zum sozialmoralischen Milieu des Mittelstandes. Die einzige Strukturbezogenheit der Deutungskategorie kommt in der enttäuschten Erwartung der Parteipolitiker an die Problemlösungskapazität des Staates zum Ausdruck. Um die Strukturgelöstheit von Deutungen zu erläutern, sei an dieser Stelle auf allgemeine Überlegungen zu kulturellen Deutungsmustern verwiesen. Bereits Mannheim hat in seiner Konservatismusstudie (Mannheim, 1984) hervorgehoben – und Oevermann (1973) hat dies mit seinen Überlegungen konkretisiert –, dass sich Weltanschauungen oder Deutungsmuster von ihrer historisch-spezifischen Konstellation oder ihrem Entstehungskontext verselbständigen könnten und in der Folge als eigenständige kollektive Bewusstseinsstrukturen aufgefasst werden müssten, welche «die Interpretation neuer Strukturprobleme» steuerten und erst in «Strukturkrisen» in ihrer zentralen Konzeption wiederum in Frage gestellt würden.[34] Bei der in diesem Kapitel diskutierten Deutungskategorie handelt es sich um eine solche Bewusstseinsstruktur. Ihre konstitutiven Merkmale sollen im Folgenden dargestellt werden.

Lepsius (1966) hat in seiner Untersuchung zu den Strukturbedingungen des extremen Nationalismus vor der nationalsozialistischen Machtergreifung über den Mittelstand festgehalten, dass die Kulturleistung des Mittelstandes darin bestehe, in seiner «gedachten Ordnung» die «Moralnorm einer Gesellschaft» zu verwirklichen. In diesem normativen Anspruch des Mittelstandes, «in einem Moralsystem besondere Wertvorstellungen vorbildlich zu erfüllen, und zwar im Vergleich zu andern und für diese», gründe auch die Forderung nach einer Besserstellung und Privilegierung. Denn die Mitte bedeutet hier nicht blosser Durchschnitt, sie ist kein Zeichen der Mediokrität, sondern sie ist die «goldene» oder auch «gesunde» Mitte. Aus dieser Er-

34 Honegger et al., 2002, 15, und Oevermann, 1973, 16.

wartungshaltung erwächst ein paradoxes Verhältnis zu wohlfahrtsstaatlichen Massnahmen: Da der Mittelstand – in seiner eigenen Wahrnehmung – privilegierter Adressat wohlfahrtsstaatlicher Politik sein sollte, kommt jede Massnahme zur Unterstützung von Minderheiten einer Verletzung des mittelständischen Sozialvertrags gleich. In enttäuschter Abkehr von einem solchermassen fehlgeleiteten Wohlfahrtsstaat lehnen schliesslich die Vertreter des Mittelstands sozialstaatliche Massnahmen als Ganzes ab. Diese enttäuschte Erwartung kommt in folgendem Zitat deutlich zum Ausdruck: «Eben, es ist Dietikon. Ja, wie sagt man auch: Afrika hat man auch abgeschrieben von der Wirtschaft und Dietikon ist halt auch abgeschrieben vom Staat oder wem auch immer. Und dort muss man selber irgendwie aktiv werden.»[35]

Wenn es sich – so kann man schliessen – bei der untersuchten Denkweise um einen Extremismus handelt, dann um einen «Extremismus der Mitte». Als Vergleichsgrösse könnte der vorwiegend von agrarisch geprägten, selbständigen Gewerbetreibenden getragene McCarthyismus in den USA der 50er-Jahre dienen. Der Nationalismus dieser Trägerschicht war wesentlich geprägt von einer demokratischen Kultur und Sozialmoral und richtete sich keineswegs gegen demokratische Mitbestimmung, sondern gegen bürokratischen Zentralismus und den Kommunismus, der eine «Doppelbedrohung der wirtschaftlichen Existenz, wie der nationalen Unabhängigkeit darstellte».[36] Erst daraus schöpfen sich die Redensarten vom «gesunden Mittelstand» und vom «goldenen Boden des Handwerks». Durch die vorbildliche Erfüllung einer die einzelnen Schichten umfassenden, universalen Ordnungsvorstellung weist die Kategorie des Mittelstandes «über die soziale Differenzierung in Schichten hinaus».

Die Fallanalysen ergaben, dass es sich bei der Kategorie der Eigenverantwortung um ein konstitutives Element der Ordnungsvorstellung handelt. Die SVP behauptet nun, die letzte Partei zu sein, die sich für diesen Mittelstand kämpferisch und vereint einsetze (durch das «Bewegungs»-Symbol der Fahne), und sie verweist durch ihre «pars-pro-toto-Bedeutung» auf die Vertretung der Interessen des gesamten, nationalen Ordnungszusammenhangs. Diese «gedachte Ordnung» (Lepsius) der moralischen Herausgehobenheit macht verständlich, warum sich die SVP strukturell und sinnlogisch als Vertreterin der Interessen des gesamten Schweizer Volkes und als eine nicht-partikularistische Partei verstehen muss.

Historisch gesehen ist die SVP aus den sozialmoralischen Milieus der Bauern, des kleinen und mittleren Gewerbes und der Angestellten entstanden. Diesen unterschiedlichen Milieus gemeinsam ist, dass ihr Anspruch auf gesellschaftliche Geltung eng verbunden ist mit dem nationalen Selbstverständnis. Denn die Nation stellt den Bezugsrahmen dieses Geltungsanspruches dar. Das Selbstbewusstsein des Mittelstandes begründet sich dabei sowohl auf der Definition der eigenen Rolle innerhalb der Nation, als auch auf der Definition der Stellung der Nation unter

35 Zollinger, 2004, 157.
36 Lepsius, 1966, 17.

den anderen Nationen. Je grösser und glanzvoller die Fremdwahrnehmung der Nation, desto grösser und glanzvoller ist auch der Geltungsanspruch nach innen. «Dieser nationale Doppelaspekt des mittelständischen Selbstbewusstseins ist wesentlich für diesen Typ des schichtspezifischen Nationalismus».[37] Unter der lange andauernden ökonomischen Strukturkrise der 1990er-Jahre in der Schweiz hat das Selbstbewusstsein des Mittelstandes gelitten. Durch die wirtschaftliche Globalisierung und die Diskussion um die politische Rolle der Schweiz in Europa wurde der schweizerische Sonderfall als Basiskonsens des politischen Selbstverständnisses der Nachkriegszeit in Frage gestellt. Gleichzeitig hat die Fremdwahrnehmung der Schweiz mit der Problematisierung ihrer Rolle während des Zweiten Weltkriegs stark an Glanz verloren. Obschon sich mit der Trägerschicht des mittelständischen Denkens auch die Zusammensetzung der politischen Vertreter der SVP geändert hat, bleibt die Vorstellung einer souveränen Nation und des «Sonderfalls Schweiz» für die Denkweise konstitutiv.

Mit dem Konzept der moralischen Herausgehobenheit des Mittelstandes geht seine permanente Bedrohung einher. Die Bedrohung geht für die SVP einerseits vom Staat aus und andererseits von den Bürgerinnen und Bürgern, vom Volk selbst, für das sich die politischen Vertreter einsetzen. Die Bedrohung durch den Staat besteht demnach darin, dass sich die politischen Akteure mit Ausnahme der «Mittelstands»-Partei SVP nicht mehr um die Interessen des Mittelstands kümmern. Auch die Linke, so die Kritik der Politiker, vertrete nicht (mehr) die Interessen der «Büezer», der «Mittelschicht» bzw. der «mittelständischen Bevölkerung». Die Folge sei, dass sich die ehemalige Klientel der SP ab- und der SVP zuwende. In allen Bereichen, doch vor allem in der Steuer- und Gesundheitspolitik, höre die staatliche Unterstützung und Förderung genau beim «Mittelstand» auf. Die «Randgruppen der Gesellschaft», die «untersten Schichten» und die «ganz Alten» erhielten noch sozialstaatliche Zuwendungen, doch der Mittelstand «läuft dort immer unter, ferner liefen».[38] Diese allgemeine Niedergangsdiagnose, die in allen Interviews deutlich zutage tritt, weist zuweilen resignative Züge auf und legt die enttäuschte Erwartungs- und Anspruchslogik offen, die mit der oben rekonstruierten moralischen Herausgehobenheit zusammenhängt.

Das von der SVP konstatierte Problem hierbei ist, dass viele Menschen zu diesem (selbst-)verantwortlichen Handeln nicht mehr in der Lage sind, wodurch die zweite Bedrohung des Mittelstandes angesprochen ist: die Bedrohung des Mittelstandes durch die Bürgerinnen, durch die Bürger. Dieser Aspekt findet in den kritischen Würdigungen und Analysen der politischen Denkweise des «Liberalkonservatismus» zu wenig Beachtung. Die SVP wertet nicht nur den Staat ab, der die Gesellschaft mit einem allzu dichten Sozialnetz überzogen hat, sondern auch die Mehrheit des (Stimm-)Volkes, denn diese musste ja dem Aufbau dieses Sozialnetzes

37 Lepsius, 1966, 13 ff.
38 Zollinger, 2004, 168.

zustimmen.[39] Nach Meinung der Parteivertreter hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten diese Haltungsänderung vollzogen, die zu einem allgemeinen Verlust der Eigenverantwortung geführt hat.

Indem die Schweizer Bevölkerung durch den generationellen «Knacks» der Achtundsechziger die «Eigenverantwortung» dem Staat «übergeben» habe, sei der Staat erst handlungsfähig geworden, dadurch hätte er erst eine «effektive Funktion» erhalten und seine relative «Unwirksamkeit» verloren.[40] Dabei zeigt sich eine bemerkenswerte Umdeutung der historischen Tatsachen: Es ist nicht der Fall, dass die Schweiz vor 1980 dem Ideal eines «Nachtwächterstaates» entsprochen hätte, also einem Staat, dem einzig und allein die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit gegen Innen und Aussen zukam. Mit dieser Umdeutung der Geschichte des Sozial- und Wohlfahrtstaates in der Schweiz wird es für die SVP möglich, jeden Ausbau sozialstaatlicher Leistungen als Abkehr von diesem Idealzustand zu deuten. Daraus ergibt sich für die SVP die Forderung, dass sich die Politik heute darum bemühen müsse, durch eine «systematische Erneuerung» die Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung der Menschen wieder herzustellen. Die ausländische Wohnbevölkerung sei, nach Ansicht der SVP-Vertreter, nicht unwesentlich für die Lethargie der Schweizerinnen und Schweizer verantwortlich, denn sie stelle das «siebenhundert oder neunhundert» Jahre in Kriegen «blutig erkämpfte» Regelwerk und die Leistungsethik in Frage. Die Gefahr, dass das Regelwerk «einfach so preisgegeben wird», bestehe deswegen, weil «wir keinen Stolz mehr darauf haben, Schweizer zu sein». Die am tiefsten liegende Ursache für die Lethargie ist indes, dass im Wohlfahrtsstaat das Leistungsethos verloren gegangen sei. Zur exemplarischen Verdeutlichung dieses Zusammenhangs soll folgende Interviewpassage wiedergegeben werden:

L.Z: *Woher kommt denn diese Lethargie?*

---

39 Folgendes Zitat soll diesen Aspekt exemplarisch erhellen: «Die Leute sind heute, oder schon seit längerer Zeit, irgendwo hat es so einen Knacks gegeben, ich kann nicht genau sagen wann, aber ich nehme an, in den frühen, Mitte 80er-, 90er-Jahren dort herum, dass man gesagt hat, die Eigenverantwortung übergeben wir dem Staat, also der Staat hat nicht mehr nur die Nachtwächterfunktion, sondern hat eine effektive Funktion» (Zollinger, 2004, 169).

40 Im Zusammenhang mit bildungspolitischen Fragen eröffnet ein Parteivertreter eine zyklische Vorstellung der generationellen oder kohortenabhängigen Erneuerung und Schwächung der Leistungsfähigkeit. Mit 1968 verbunden sind eigentlich gleich zwei schwache Generationen: die Eltern wie auch die von diesen erzogenen Kinder. Mit einer neuen Generation scheint sich dies jedoch zu ändern. «Wir müssen halt unsere Kinder wieder drillen, wir müssen das denen wieder beibringen. Ich weiss, ich kann teilweise wirklich nicht sagen, woher das kommt. Hängt es wirklich damit zusammen, dass es die Kinder von 68ern sind oder die 68er, die jetzt an der Macht sind? Es ist eine Bewegung, also, ich sage das politisch immer so: es ist immer eine ganze Bewegung, wo wir haben. Wir haben immer starke, schwache, starke, schwache. Wir haben immer die Jahrgänge und wenn wir jetzt zurückgehen, dann müsste man sagen, jetzt sind eigentlich die Schwachen dran gewesen, jetzt ändert es wieder. Man merkt es, es kommt ein wenig mehr Power rein» (Zollinger, 2004, 169).

I: *Es gibt einen Mäuseversuch. Und zwar ist dieser Versuch darauf zurück gegangen, dass man geschaut hat, wie Mäuse reagieren. Man hat ein Männchen und ein Weibchen zusammen getan und gesagt: die haben genügend zu essen und zu trinken – wie ihr wollt. Die Schweiz parallel. Wir haben wirklich genügend zu essen und zu trinken, hungern muss bei uns niemand. Und danach haben sie kleine Mäuschen gemacht und alles Mögliche. Der Raum ist aber einfach begrenzt gewesen. Also sprich: die Schweiz ist begrenzt. Und man konnte nicht mehr weitergehen und danach ist aber alles weiter gegangen, aber die sind nach und nach gestorben. Und da sind halt zwei wieder übrig gewesen. Was glauben Sie, was mit diesen zwei passiert ist?*

L.Z.: *Was mit diesen passiert ist?*

I: *Ja. Die sind auch gestorben.*

L.Z.: *Warum?*

I: *Einfach weil sie irgendwie den Sinn nicht mehr gesehen haben, nochmals eine solche weitere Fortpflanzung zu machen. Gut, ich meine, ich kenne die psychologische Struktur nicht von diesen Mäusen. Aber einfach, die haben den Sinn nicht mehr gesehen, irgendwann hat es «klick» gemacht und es ging nicht mehr weiter. Und wenn man jetzt das versucht zu transportieren auf die Schweiz. Es gibt immer weniger Schweizer. Ich meine, ich habe eine Schwester: warum soll ich Kinder haben? Sie lebt doch so besser. Sie geht in die Ferien auf die Malediven. Und ich ärgere mich, wenn ich abends zu Hause bin: «Warum gehst du wieder nicht ins Bett und warum stehst du jetzt schon wieder auf?» Also bei vier Kindern ist es ein 24-Stunden-Job als Mutter und, gut wir haben noch ein wenig Glück mit allem um uns herum. Aber andere Familien haben das nicht. Also dessen bin ich mir schon bewusst. Aber meine Schwester, die lebt in Saus und Braus und es geht ihr gut und der Mehrheit von den Schweizern geht es gut. Uns geht es zu wenig schlecht, um wirklich einmal zu sagen: Stopp.*[41]

In dieser Erzählung ist zweifellos die radikalste und pointierteste aller Zerfallsbeschreibungen der Schweiz enthalten, die in den Interviews zu finden ist. Deuten wir dieses Experimental-Regime als eines, das keine moralisch verpflichtenden Normen und Regeln mehr kennt und die reine Triebgesteuertheit des Menschen als Grundlage der Lebensführung nimmt, dann müsste zur Erhaltung der Gattung eigentlich eine Geburtenkontrolle eingeführt werden. Nur so könnte man die Lebenstüchtigkeit der Gattung gewährleisten. Dieser Punkt ist aber im Sinne eines «point of no return» in der Schweiz längst überschritten. Die fetten Jahre, in welchen in der Schweiz niemand zu hungern hatte, in welchen es der Mehrheit gut beziehungsweise «zu

41 Zollinger, 2004, 170.

wenig schlecht ging», haben die Schweizerinnen und Schweizer vor den Abgrund des Aussterbens geführt. Mit den fetten Jahren sind die 1980er- und 1990er-Jahre gemeint, so können wir weiter aufgrund der oben rekonstruierten Zeitdiagnose schliessen. In dieser Zeit habe sich ein Anspruchsdenken breit gemacht, welches unsere Lebenstüchtigkeit lähmte. Der Schluss ist nun, dass die Schweizer aussterben, weil sie «den Sinn nicht mehr sehen» und die Reproduktion verweigern: «Es gibt immer weniger Schweizer». So verweigert sich auch die Schwester des Interviewees dem Reproduktionsgebot und bietet dadurch dem Zerfallsprozess ebenfalls keinen Einhalt. Auch ihr, wie der Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer, geht es «zu wenig schlecht». Erst wenn die sozialstaatlichen Leistungen gekürzt und abgebaut würden, so die einzig mögliche Lesart, müsste sie, wie alle anderen auch, wieder auf die traditionellen Solidaritätsstrukturen der Familie mit ihren geschlechterspezifischen Rollenmustern zurückgreifen, was das Aussterben der Schweizer aufhalten könnte. Es handelt sich bei dieser Beschreibung im Kern um eine fundamentale Individualismuskritik, welche die autonome, individualistische Lebensführung in Verbindung mit den dazugehörigen sozialstaatlichen Leistungen als Ursache des Zerfalls traditionaler Solidaritätsstrukturen und Vergemeinschaftungsformen betrachtet.

Der Sinnzusammenhang zwischen dem Niedergang des eigenverantwortlichen Mittelstandes und der Erneuerung der Gesellschaft kann folgendermassen zusammengefasst werden: Für die allgemeine Lethargie der Schweizerinnen und Schweizer verantwortlich ist der Umstand, dass es ihnen «zu gut» beziehungsweise «zu wenig schlecht» geht. Dies ist der Fall, weil die sozialstaatlichen Leistungen die Notwendigkeit der Familiengründung in Frage stellen. Dadurch «gibt es immer weniger Schweizer». Die Schweiz als «goldener Käfig» – ein Bild, das an den in den späten 1960er-Jahren viel diskutierten Topos der geistigen Enge in der Schweiz und des «Unbehagens im Kleinstaat» (Karl Schmid) erinnert – entleert sich und stirbt allmählich aus. Die familialistisch-konservative Kritik gilt hier einer Entwicklung, welche die Familiengründung jedem und jeder Einzelnen als je individuell zu fällender Entscheid anheim stellt und kritisiert die Veränderung der geschlechterrollenspezifischen Arbeitsteilung. Da eine Familie eine enorme Belastung («für die Mutter ein 24-Stunden-Job»[42]) und eine grosse Verantwortung bedeutet, entscheiden sich immer mehr «geschwächte» Schweizer und vor allem Schweizerinnen gegen eine Familie. Damit einher geht ein Infragestellen des zentralen Prinzips der Arbeits- und Leistungsethik. Selbstverständlich ist in dieser Diagnose auch eine Kritik an der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen und an der damit verbundenen Austarierung der Geschlechterrollen enthalten. Statt diesen Niedergangsprozess mit sozialstaatlichen Leistungen wie familienergänzenden Betreuungsleistungen

42 Zollinger, 2004, 172.

aufzuhalten, gelte es diesem mit einer Erneuerung der «Grundhaltung» der Eigenverantwortung zu begegnen, betonen die Kommunalpolitiker.[43]

Im Zentrum der Argumentation über die Staatsquote und den Abbau sozialstaatlicher Leistungen steht also nicht allein deren Finanzierbarkeit oder die negativen Auswirkungen einer hohen Staatsquote für das Wirtschaftswachstum. Vielmehr müssten die Steuern und die staatlichen Sozialleistungen auch reduziert werden, wenn es kein Staatsdefizit gäbe und wenn sich die Wirtschaft gut entwickeln würde. Im Zentrum dieser Diskussion stehen moralische Kategorien. Es geht darum, die Menschen zu verändern: hin zu Eigenverantwortung, «Lebenstüchtigkeit» und Gesundheit. Dabei besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Eigenverantwortung, dem Rückgriff auf nachbarschaftliche und familiäre Solidaritätsstrukturen mit ihren spezifischen Geschlechterrollen und einer familialistischen Konzeption der Gesellschaft.

5 Zusammenfassung

Die Rekonstruktion der strukturellen Handlungsprobleme der Untersuchungsgemeinde hat ergeben, dass die suburbanisierte Gemeinde im Metropolitanraum Zürichs wenig attraktiven Wohnraum bietet. Dies geht zu einem grossen Teil auf die in den frühen 1960er-Jahre erfolgte Siedlungsplanung zurück, die auf der Grundlage zu hoher Prognosen zum Bevölkerungswachstum vorgenommen und umgesetzt wurde. In der Folge wurden dichte Wohnüberbauungen und die Eingangsachse im ehemaligen Dorfzentrum erstellt, als weitere Produkte der Planungsvorstellung jener Zeit. Das in der Gemeinde aufgrund der Siedlungsstruktur heute vorliegende Wohnangebot wird eher von sozial benachteiligten und einkommensschwachen Schichten nachgefragt, was unter anderem auch den hohen Ausländeranteil der Gemeinde von fast 40% erklärt und gleichzeitig das Phänomen der sozialen Segregation im Metropolitanraum vor Augen führt.

Bei der untersuchten Trägerschicht dieser Denkweise handelt es sich um das sozialmoralische Milieu des «alten» und «neuen» Mittelstands, der eine hohe Gemeindebindung aufweist bzw. zur lokalen Sesshaftigkeit gezwungen ist. Das sozialintegrative Moment bildet dabei die gemeinsame Haltung, «eigenverantwortlich» zu handeln. Indem die SVP den Mittelstand mit dem Begriff der Eigenverantwortung verknüpft, die für das Schweizer Volk konstitutiv sei, gelingt die für ihren Erfolg so wichtige Anbindung der Gefolgschaft an den politischen Führer Christoph Blocher. Wie die Untersuchung offen legt, entkoppelt die SVP den Mittelstandsbegriff durch

43 «Also, Eltern, auch Schweizer Eltern, da kann ich mich gerade so aufregen, wenn ich sehe wie sie ihre Kinder verwahrlosen lassen, sich nicht darum kümmern, sondern einfach davon ausgehen, dass der Staat dann schon schaut, wir tun sie in Kinderkripplein einordnen und so weiter. Der Staat zahlt. Und das ist schon der ausschlaggebende Punkt. Das ist schon die Eigenverantwortung vom Individuum, auch die Verantwortung mal zu übernehmen» (Zollinger, 2004, 172).

seine moralpsychologische Konkretisierung von seinem sozialstrukturellen Bezug, so dass Einkommen und sozialer Status sowie spezifisch individuelle Interessen an Bedeutung verlieren.

Sozialstaatliche Solidaritätsstrukturen, so die implizite zirkuläre Argumentation zur Eigenverantwortung, ersetzen die traditionellen und stellen sie in Frage. Die Folge sei die Ausbreitung einer auf individuelle Selbstverwirklichung angelegten hedonistischen Lebensführung. Nur indem die staatlichen Leistungen allgemein gekürzt würden, könne der Wille und die Bereitschaft zu eigenverantwortlichem und lebenstüchtigem Handeln sowie das Bekenntnis zu familiären und nachbarschaftlichen Solidaritätsstrukturen erneuert werden. Die Denkweise folgt hier einer deutlich konservativen und nicht einer liberalen Vorstellung, die vom «Einzelnen» als kleinste soziale und rechtsstaatliche Einheit ausgeht. Vielmehr handelt es sich bei dieser sozialpolitischen Konzeption um einen korporatistischen Familialismus mit einer traditionellen, geschlechterrollenspezifischen Arbeitsteilung.[44]

Dem Handlungsproblem der Zuwanderung begegnet die SVP mit der Vorstellung einer positivistisch bestimmbaren Zahl, ab der eine «Überfremdung» einsetze und die Kultur der Schweiz bedroht würde. Speziell bedroht sind, aus dieser Optik, die Leistungsethik und die Eigenverantwortung, die dem Schweizer Mittelstand eigen sind. Im Unterschied zu den früheren, christlich-romanischen Fremden fehle zudem bei den nichtchristlichen eine gemeinsame öffentliche Integrationsinstitution, wie es die Kirche dargestellt habe. Durch die Veränderung der soziodemografischen Zusammensetzung der Gemeinde ändere sich auch das Konsumverhalten und die Gewerbestruktur: Die Nachfrage nach lokal produzierten Gütern und Dienstleistungen des für eine gesellige Öffentlichkeit konstitutiven kleinen und mittleren Gewerbes nehme ab und dessen Existenzgrundlage gerate in Gefahr, wodurch sich auch das Zentrum entleere und die Dorfgemeinschaft ihre «polis» verliere. Diese Bedrohung einer bürgerlichen Öffentlichkeit, die symbolisch für den globalen Vergesellschaftungsprozess im Nahraum steht, soll nach Meinung der Kommunalpolitiker durch die erneute Festigung korporatistischer Solidaritätsstrukturen der Ortsbürger (Verbände und Vereine) entschärft werden, die von lokalen und organischen Solidaritätsverbänden ausgehen, «deren Urbild die Familie» ist.[45]

Die in dieser Arbeit rekonstruierte und auf sozialräumliche Verhältnisse bezogene Denkweise weist, so kann man abschliessend sagen, insgesamt wenig liberale Anteile auf. Mit dem Ende des Kalten Kriegs und der Zunahme weltweiter Migrationsbewegungen ist die ehemals mittlere und mässigende Linie der SVP zwischen der kommunistischen und grosskapitalistischen Weltanschauung definitiv überholt. Beibehalten wurde in ihr ein Antisozialismus und Antietatismus, in dessen Kern die teilweise diffuse Vorstellung der Eigenverantwortung und die Forderung nach dem

44 Siehe dazu auch Geden, 2004.
45 Mannheim, 1984, 123.

Abbau sozialstaatlicher zugunsten von familialistischen und nachbarschaftlichen Solidaritätsstrukturen stehen.

6 Literaturverzeichnis

Bundesamt für Statistik (BfS) (2007), *Nationalratswahlen 2003. Die Wählerinnen und Wähler unter der Lupe*, Neuenburg.

Bürkner, Hans-Joachim (2002), «Lokale Identität». Anmerkungen zur politischen Konjunktur eines schillernden Begriffs, in: *Stadt 2030*, infobrief, No. 5: Identität.

Frey, René L. (1997), Städtische Wirtschaft, Mobilität und Umwelt, in: Schweizerischer Städteverband (Hg.), *Die Stadt morgen. Publikation zum hundertjährigen Jubiläum des Schweizerischen Städteverbandes 1897–1997*, Bern: SSV, 19–27.

Frey, René L. (2004), *Städtewachstum in die Breite oder in die Höhe? Überlegungen und Standpunkte der Stadt- und Regionalökonomie*, Avénir Suisse/ETH Zürich. Schriftliche Fassung des Referats anlässlich des Symposiums «Städtische Dichte in der Schweiz. Chancen und Potenziale einer wirtschaftlichen Ausnützung» vom 5. Dezember 2003 in Zürich, www.avenir-suisse.ch.

Gautier, Michael (2002), *Fromme Unternehmer: vergleichende Fallstudien zur Relevanz religiös fundierter Motive im wirtschaftlichen Handeln*, Bern: Schriftenreihe Kultursoziologie.

Geden, Oliver (2004), Männerparteien. Geschlechterpolitische Strategien im österreichischen und schweizerischen Rechtspopulismus, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46, 24–30.

Gsteiger, Fredy (2002), *Blocher. Ein unschweizerisches Phänomen*, Basel: Opinio.

Hildenbrand, Bruno (2004), Gemeinsames Ziel, verschiedene Wege: Grounded Theory und Objektive Hermeneutik im Vergleich, in: *Sozialer Sinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung*, Stuttgart: Lucius & Lucius, 2, 177–194.

Holtmann, Everhard (1989), *Politik und Nichtpolitik: lokale Erscheinungsformen politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland: das Beispiel Unna und Kamen*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Honegger, Claudia; Caroline Bühler, Peter Schallberger (2002), *Die Zukunft im Alltagsdenken. Szenarien aus der Schweiz*, Konstanz: UVK-Verl.-Ges.

Huntington, Samuel (1993), The Clash of Civilizations? *Foreign Affairs*, Vol. 72, Number 3.

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (2005), Innovative Milieuforschung als Beitrag einer «sozialwissenschaftlichen Raumforschung», *IRS aktuell*, No. 46, Januar.

Institut für Sozialforschung (1991 [1956]), *Soziologische Exkurse: nach Vorträgen und Diskussionen*, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

Kriesi, Hanspeter et al. (2005), *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Kübler, Daniel (2006), Agglomerationen, in: Klöti, Ulrich et al., *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich: NZZ Verlag, 259–286.

Lepsius, M. Rainer (1990a [1963]), Kulturelle Dimension der sozialen Schichtung, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 96–116.

Lepsius, M. Rainer (1990b [1987]), Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 153–169.

Lepsius, M. Rainer (1966), *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart: Kohlhammer.

Mannheim, Karl (1984), *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Matthiesen, Ulf (Hrsg., 2004), *Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Matthiesen, Ulf (Hrsg., 2002), *An den Rändern der deutschen Hauptstadt*, Opladen: Leske + Budrich.

Matthiesen, Ulf (1998), *Die Räume der Milieus: neue Tendenzen in der sozial- und raumwissenschaftlichen Milieuforschung in der Stadt- und Raumplanung*, Berlin: Edition Sigma.

Matthiesen, Ulf (1994), Standbein – Spielbein. Deutungsmusteranalyse im Spannungsfeld von objektiver Hermeneutik und Sozialphänomenologie, in: Garz, Detlef und Klaus Kraimer (Hg.), *Die Welt als Text*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 79–113.

Mettler, Wolf (1995), *Liebi Fraue und Manne... Christoph Blocher – ein Lebensbild*, Schaffhausen: Meier.

Neckel, Sighard (1995), Die ostdeutsche Doxa der Demokratie. Eine lokale Fallstudie, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47. Jg.

Neckel, Sighard (1999), *Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989*, Frankfurt a. M./New York: Campus.

Oevermann, Ulrich (2000), Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis, in: Kraimer, Klaus (Hg.), *Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Oevermann, Ulrich (1973), *Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern*, Manuskript, Frankfurt a. M. (http://user.uni-frankfurt.de/~hermeneu/Download.htm, Stand April 2007)

Rossi, Angelo (1997), «Concurrence urbaine internationale et structure des agglomérations suisses», in: Schweizerischer Städteverband (Hg.), *Die Stadt morgen – Demain les villes. Publikation zum hundertjährigen Jubiläum des Schweizerischen Städteverbands 1897–1997*, Bern: SSV, 29–40.

Schilling, Christoph (1994), *Blocher*, Zürich: Limmat.

Statistisches Amt des Kantons Zürich (2002), *Statistisches Jahrbuch des Kantons Zürich*, 12. Ausgabe.

Strauss, Anselm Leonard (1994), *Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung*, München: Wilhelm Fink Verlag.

Tanner, Albert (1994a), Zwischen «American Way of Life» und «Geistiger Landesverteidigung». Gesellschaftliche Widersprüche in der Schweiz der fünfziger Jahre, *Unsere Kunstdenkmäler*, 42, 351–363.

Tanner, Jakob (1994b), «Die Schweiz in den 1950er Jahren. Prozesse, Brüche, Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten», in: Blanc, Jean-Daniel und Christine Luchsinger (Hrsg.), *achtung: die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit*, Zürich: Chronos, 19–50.

Vuichard, Florence (1998), *Das Verschwinden des Schweizers: eine qualitative Rekonstruktion subjektiver Gesellschaftsbilder von AUNS-Mitgliedern*, unveröffentlichtes Manuskript.

Weber, Max (1980), *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr, 122–176.

Wernet, Andreas (2002), *Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik*, Opladen: Leske + Budrich.

Zollinger, Lukas (2004), Der Mittelstand am Rande. Christoph Blocher, das Volk und die Vorstädte, *Neue Berner Beiträge zur Soziologie*.

Anhang 1
Übersicht über die Resultate der Gemeindewahlen von 1990 bis 2002

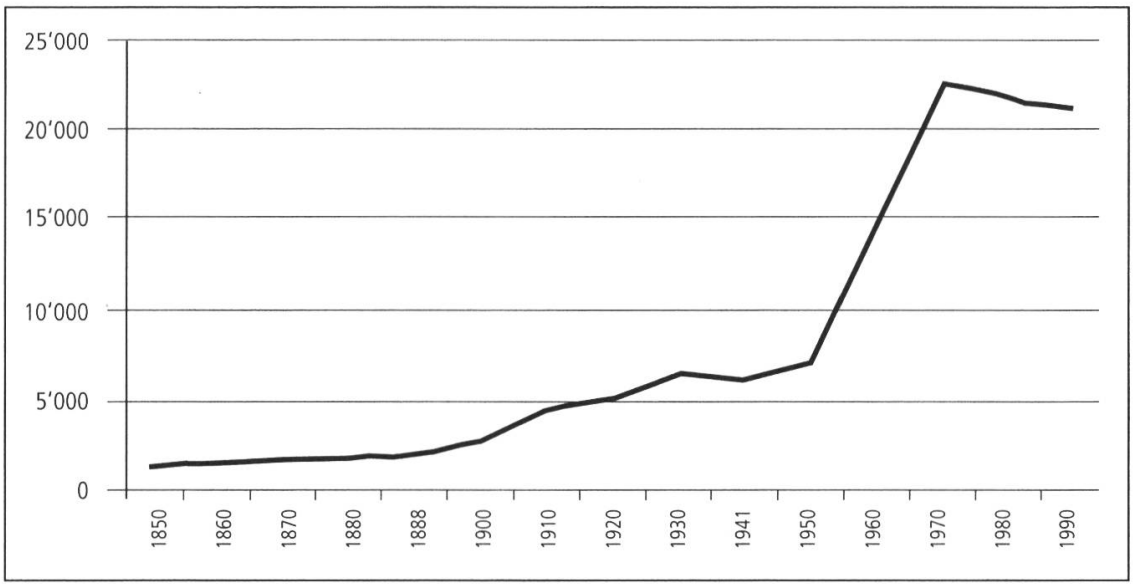
Rangliste nach SVP-Wähleranteilen 2002	Um wieviel hat sich der Wähleranteil der SVP seit 1998 erhöht?	Um wieviel hat sich der Wähleranteil der SVP seit 1990 erhöht? («Blocher-Effekt»)
1. Kloten 33.6%	1. Zürich inkl. Senioren +43.5%	1. Zürich inkl. Senioren + 221.5%
2. Illnau-Effretikon 31.2%	2. Bülach + 37.2%	2. Dietikon + 128.2%
3. Bülach 30.6%	3. Winterthur + 32.5%	3. Winterthur + 126.3%
4. Dietikon 29.9%	4. Dübendorf + 26.5%	4. Dübendorf + 110.9%
5. Schlieren 29.1%	5. Opfikon + 18.1%	5. Opfikon + 65.3%
6. Uster 28.3%	6. Illnau-Effretikon + 16.9%	6. Uster + 59.9%
7. Opfikon 28.1%	7. Wädenswil + 16.9%	7. Schlieren + 59.0%
8. Dübendorf 27.2%	8. Dietikon + 13.3%	8. Illnau-Effretikon + 45.8%
9. Zürich inkl. Senioren 25.4%	9. Schlieren + 13.2%	9. Bülach + 44.3%
10. Wädenswil 23.5%	10. Adliswil + 9.8%	10. Kloten + 39.4%
11. Winterthur 22.4%	11. Uster + 8.4%	11. Adliswil + 37.7%
12. Adliswil 19.0%	12. Kloten + 1.2%	12. Wädenswil + 28.4%

Quelle: SVP Zürich.

Anhang 2
Übersicht über das Fallsample nach dem Kriterium der Kontrastivität (Darstellung des Autors)

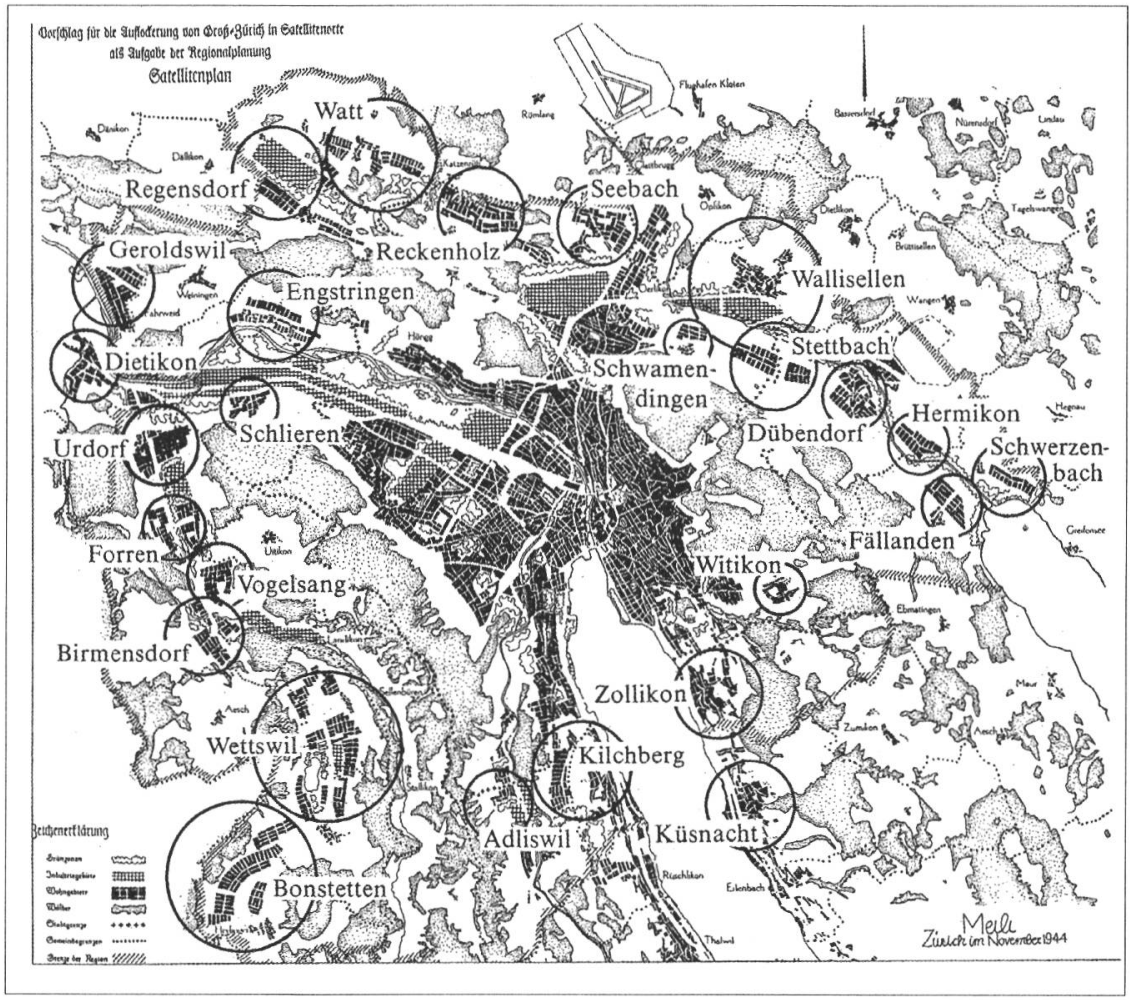
1970 (Dietikon) Johann Wiederkehr, Geschäftsführer Malereibetrieb	1970 (Dietikon) Thomas Aebischer, Verwaltungsbeamter (Abt.-Leiter Finanzen)
1962 (Dietikon) Manfred Fuhrer, Inhaber Baugeschäft	1963 (Schlieren) Christoph Ammann, Aministrator, Kursleiter
	1942 (Winterthur) Therese Meier, Sekretärin
«Alter» Mittelstand: Gewerbe	«Neuer» Mittelstand: Angestellte

Anhang 3
Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde Dietikon von 1850–1990



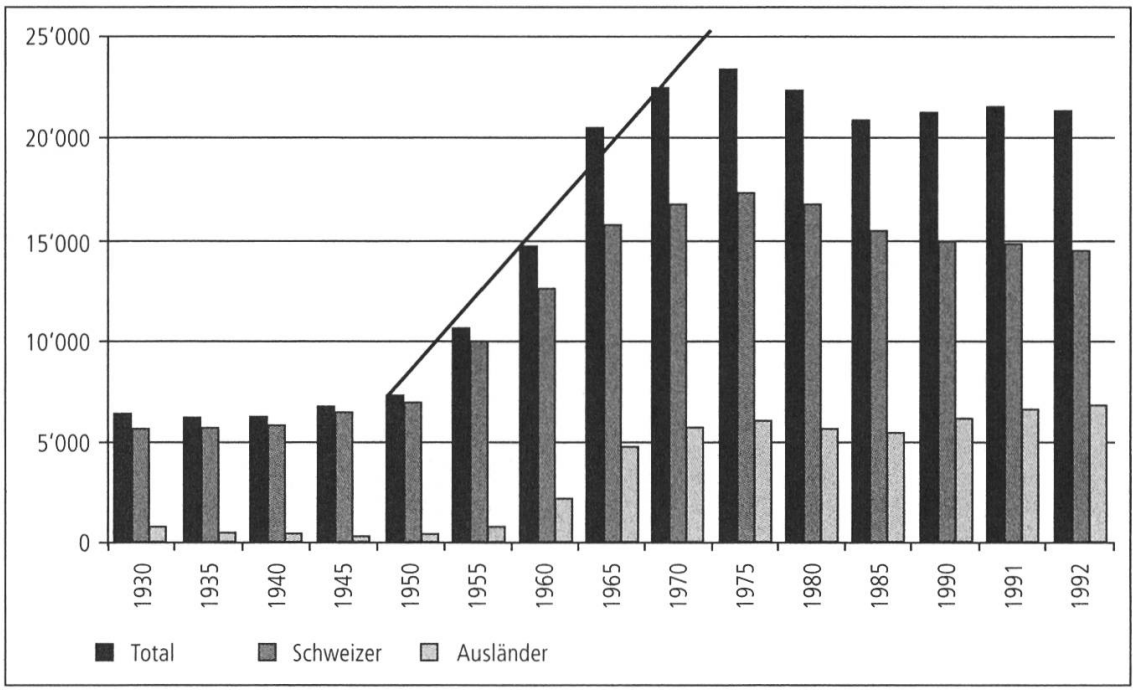
Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Anhang 4
Planungsskizze zu den Satellitenstädten um Zürich aus dem Jahr 1944



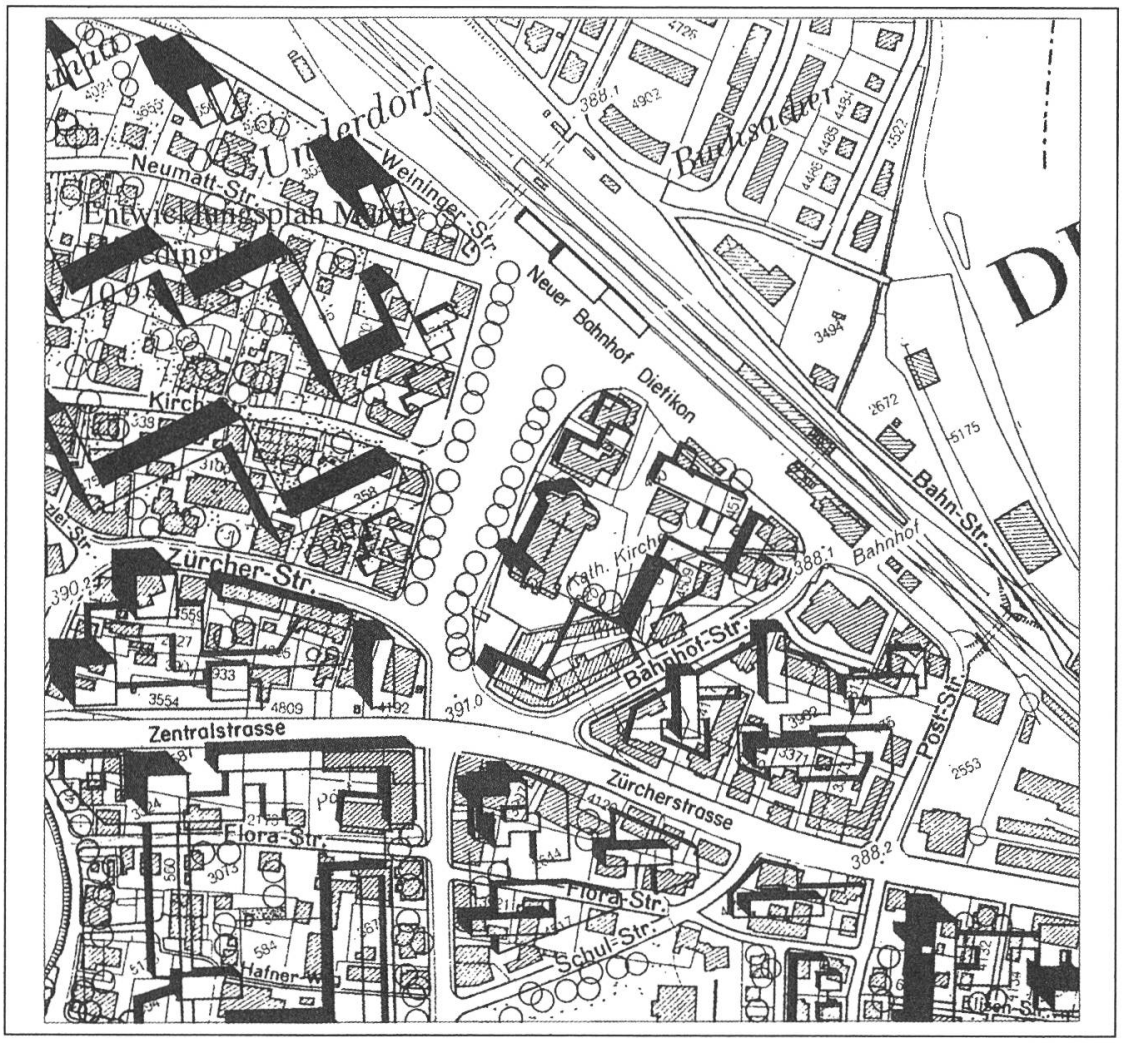
Quelle: «Zürich 650 Jahre Eidgenössisch», hrsg. vom Staatsarchiv des Kantons Zürich und von der Zentralbibliothek Zürich.

Anhang 5
Prognose der Bevölkerungsentwicklung in den frühen 1960er-Jahren



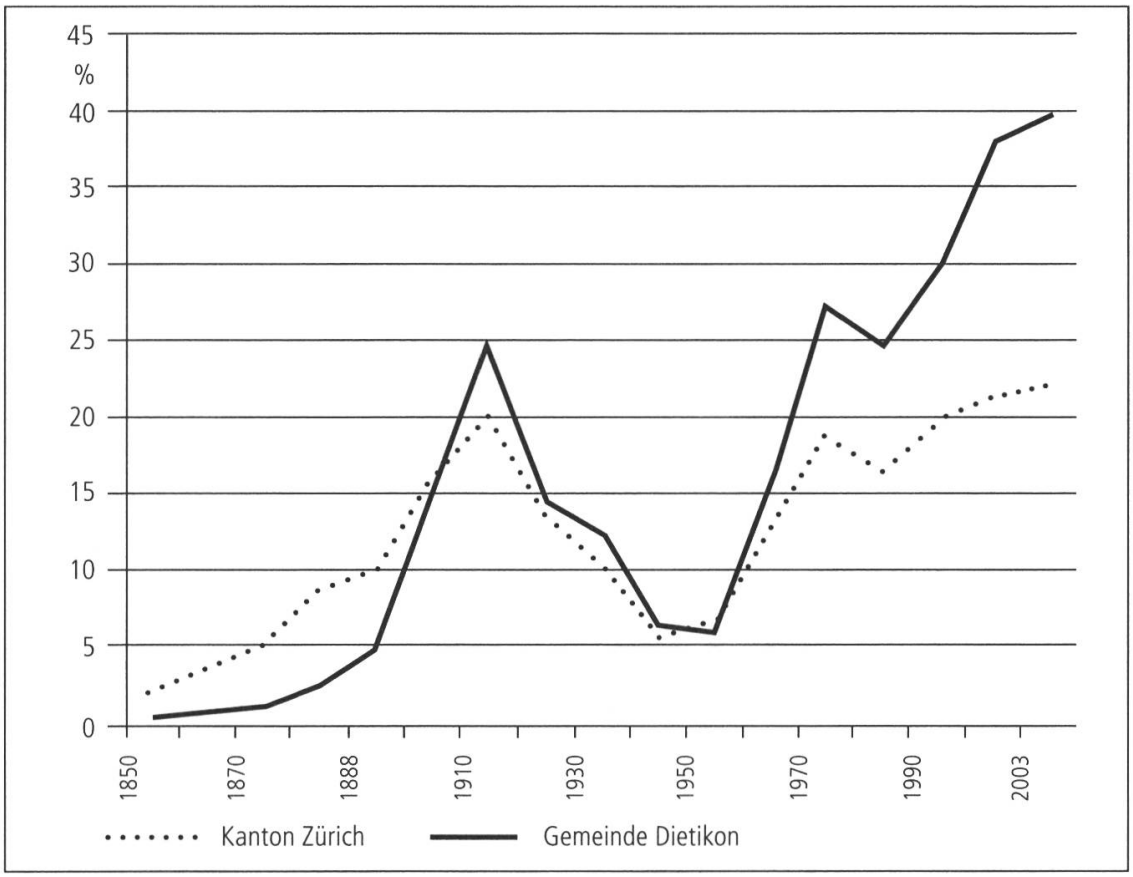
Quelle: Verkehrsverein Dietikon.

Anhang 6
Entwicklungsplan «Eingangsachse Bahnhof» aus dem Jahre 1959



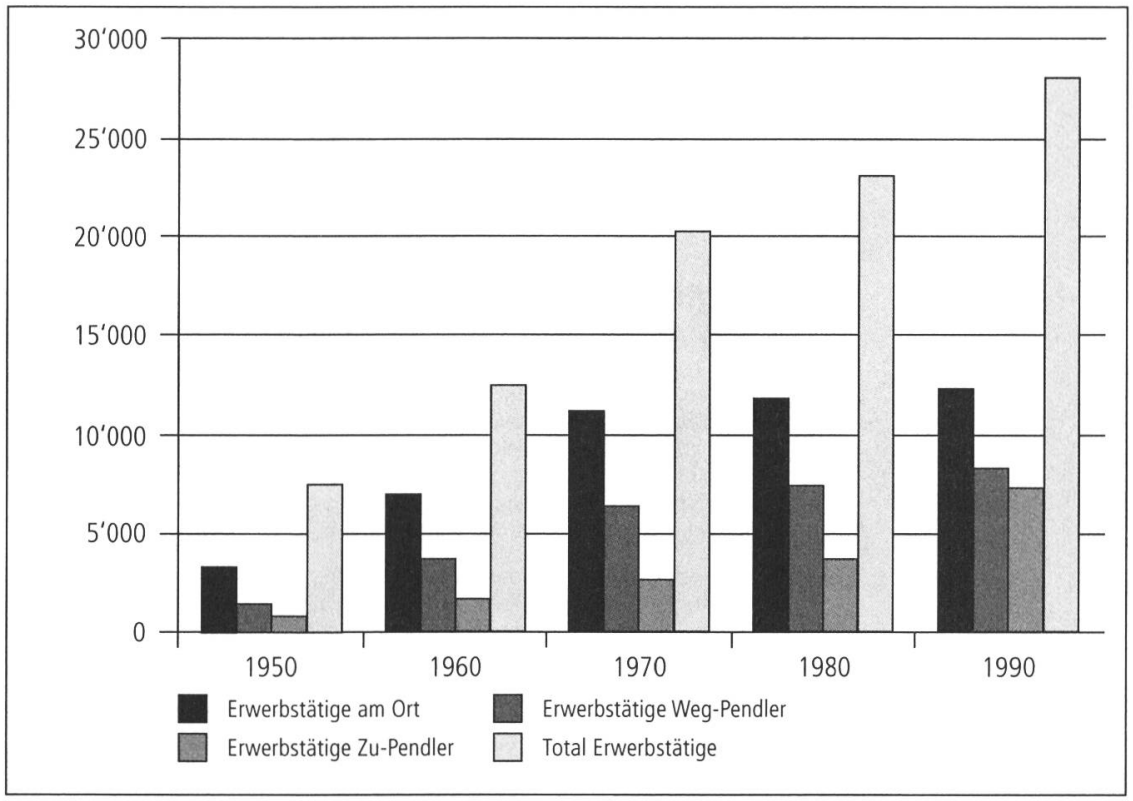
Quelle: Verkehrsverein Dietikon.

Anhang 7
Entwicklung des Ausländeranteils im Kanton Zürich und in der Gemeinde Dietikon von 1850–2003



Quelle: Eidgenössische Volkszählung, Statistisches Amt des Kantons Zürich, 2004.

Anhang 8
Verhältnis von Weg-Pendlern, Zu-Pendlern und Erwerbstätigen am Wohnort seit den 1970er-Jahren



Quelle: Hauptergebnisse der Volkszählung 2000, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

52

Ungleichheit, Ausgrenzung und soziale Gerechtigkeit

Globale Ungleichheit; Neue Klassengesellschaft, soziale Spaltung, Prekarität, Geschlechterfrage; Neue Unterschicht, Klasse der Lohnabhängigen, Streiks und soziale Kämpfe; Frauen und Pflegearbeit; Schulische Selektion, Lebenslanges Lernen; Agrotreibstoff gegen Ernährungssouveränität

E. Altvater, K. Dörre, I. Lenz, R. Levy, D. Oesch, W. Eberle / H. Schäppi, V. Pedrina / H. Hartmann, G. Notz, E. Hug, I. Langemeyer, R. Sonderegger

Grundeinkommen / Mindestlohn

A. Gorz: Seid realistisch – verlangt das Unmögliche
M.R. Krätke: Grundeinkommen - Sozialstaatsersatz
A. Rieger / H. Baumann: Mindestlohnpolitik
A. Sirmoglu / P. Streckeisen: Kapitalistische Utopie?
W. Vontobel: Rettet die Marktwirtschaft !

236 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch